

KPD-Verbot immer noch aktuell – die Wirkung des KPD-Verbots bis heute

Manche Zeitgenossen glauben, das Verbot der KPD habe sich durch die Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) 1968 und spätestens mit „Deutschlands Einheit“ 1990 erledigt. Dem ist leider nicht so.

Das KPD-Verbot hängt wie ein Damoklesschwert über Demokrat*innen und Antifaschist*innen. Das zeigt insbesondere die von Willy Brandt in den 70er und 80er Jahren initiierte Praxis der Berufsverbote und ihre Drohung. Sie reicht bis heute wie wieder jüngst in Bayern.

Mit der Annexion der DDR in die BRD wurde das KPD Verbot nicht aufgehoben und für unwirksam erklärt wie es das Urteil möglich macht, sondern das Gegenteil trat ein.

Stattdessen begann ein Rachefeldzug. Über 100 000 DDR Bürgerinnen wurden strafrechtlich verfolgt. Tausende verurteilt, ihren Ämtern enthoben und verloren ihre Arbeitsplätze und ihre Titel.

Folgt man dem Urteilstext von 1956, so wird darin die Wirksamkeit des Verbots „für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum“ festgestellt; eine Aufhebung des Verbots erwogen die Richter für den Fall, dass die „Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“ mit einer gesamtdeutschen Entscheidung über eine neue Verfassung gemäß Art. 146 GG besiegelt werde. Doch die Einheit Deutschlands erfolgte bekanntlich nach Art. 23 S. 2 GG alter Fassung im Wege des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik - ohne die Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue, frei zu beschließende Verfassung. Damit hat das KPD-Verbot nach herrschender Rechtsauffassung unverändert Bestand und

Geltung bei gleichzeitiger die Ausdehnung des KPD-Verbots auf das Gebiet der ehemaligen DDR.

„Weil also der Rechtskraft des KPD-Verbots quasi Ewigkeitswert zukommt, muss zur Beendigung dieses anachronistischen Zustands eine parlamentarische Entscheidung angestrebt werden. Der Bundestag ist gefordert, alle notwendigen Schritte zu tun, um dieses Relikt aus der Eiszeit des Kalten Krieges so schnell wie möglich zu überwinden. Das KPD-Verbot ist umstandslos aufzuheben und die Justizopfer des Kalten Krieges in Westdeutschland sind schnellstens zu rehabilitieren“, so der Rechtsanwalt und Bürgerrechtsaktivist Rolf Gössner.

Im Mai 2014 übergaben Prof. Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN-BdA und Peter Dürrbeck, Mitglied im Sprecherkreis der Initiativegruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges (IROKK) über 3000 Unterschriften an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, die diese Forderungen zum Inhalt haben.



Geheimnisse um die Akten des KPD-Verbotsprozesses

Neben der Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbotsurteils und Rehabilitierung der Opfer steht außerdem die Forderung nach Zugang zu den KPD-Verbotsakten des Bundesverfassungsgerichts auf der Tagesordnung. Warum werden diese Akten nach wie vor als „Top Secret“ vor der Öffentlichkeit unter Verschluss gehalten? Für das Archivgut des Bundes gilt eine Sperrfrist von dreißig Jahren - ausgenommen davon ist das gesamte Archivgut der DDR, das jederzeit von jedermann eingesehen werden kann. Aber: Die Verfahrensakte zum KPD-Prozess hält das Bundesverfassungsgericht auch nach 60 Jahren noch unter Verschluss. Weshalb die Verfassungsrichter diese Akten 60 Jahre nach Urteilsverkündung benötigen und damit immer noch der Öffentlichkeit vorenthalten wird, blieb dabei offen.

Weg mit KPD-Verbot! Weg mit den Berufsverboten!

60 Jahre militanter Antikommunismus.
60 Jahre Verfolgung demokratischer und antifaschistischer Kräfte.
60 Jahre Politische Gesinnungsjustiz in der BRD. 60 Jahre Berufsverbote. 60 Jahre lang wurden aus Opfern Täter gemacht.

Es ist also an der Zeit, das verfassungswidrige KPD-Verbot aufzuheben. Die Praxis der Berufsverbote endgültig zu beenden. Sich bei den Opfern zu entschuldigen, sie zu rehabilitieren und in Einzelfällen materiell zu entschädigen. Weg mit KPD-Verbot! Weg mit den Berufsverboten!

Dazu notwendig wäre die Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes, die Veränderung des Kräfteverhältnisses, eine andere Geisteshaltung gegenüber Kommunistinnen und Kommunisten. Darauf aufbauend parlamentarische Initiativen.

Es ist endlich an der Zeit Schluss zu machen mit dem Antikommunismus, der „Grundtorheit unserer Epoche“ (Thomas Mann). Der produktive Umgang mit Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wird ein Gradmesser für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft sein.

Infos & Kontakt: → www.dkp-muenster.de → www.news.dkp.de

V.i.S.d.P.: Ansgar Schmidt, Münster